

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzolamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Verkaufsweg: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 2.50, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 2.75, durch die Post bezogen monatlich Mk. 2.80 — mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsausbringer und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskassakonto Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsverrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorkriegs- oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 7.50 Mk., örtliche Anzeigen 6.— Mk. Im Tagteil (Zm. Maße 14) 25.— Mk. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 15.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Pflüge wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 220.

Mittwoch, den 20. September 1922.

77. Jahrgang.

Beilegung des Reparationskonflikts.

Garantieübernahme durch die Bank von England.

Berlin, 19. September. (Draht.) Reichsbankpräsident Hase, der Montag mittag aus London nach Berlin zurückgekehrt ist, erstattete über seine Beratungen mit der Bank von England sofort nach seinem Eintreffen dem Reichsbankpräsidenten Hase Bericht und begab sich dann zu Reichsbankpräsident Dr. Witt.

Das Ergebnis der Londoner Reise ist fast ein voller Erfolg; Hase hat an der Thematik keine Abstände beinahe im ganzen Umfang erreicht. Die Bank von England wird die Garantie für die deutschen Sachwechsel binnen sechs Monaten übernehmen und von der Reichsbank wieder eine Garantie für die Sachwechsel binnen 18 Monaten erhalten.

Entgegen dieses Abchlusses wird die deutsche Regierung jetzt die Antwort auf die letzte belgische Note umgehend erteilen.

Das Reichsministerium hat über diese Antwort schon Montag nachmittag beraten. Ob die belgische Regierung nun noch irgendwelche Schwierigkeiten machen wird, muß man abwarten. Es ist aber anzunehmen, daß die belgische Regierung ohne weiteres die Angelegenheit als geregelt betrachtet, zumal die Reichsregierung auf Grund der Vereinbarungen der Reichsbank mit der Bank von England im Sinne der Entscheidung der Reparationskommission handeln kann. Die Vereinbarungen zwischen der Reichsbank und der Bank von England bedeuten immer unter der Voraussetzung, daß sich an Einzelheiten nicht viel gegenüber den ursprünglichen Wünschen geändert hat, eine rein banktechnische Maßnahme.

Durch das Eingreifen der Bank von England ist nun endlich das langumstrittene Rotoratorium für Deutschlands Reparationszahlungen so gut wie gelöst. Die Reichsregierung wird in der Lage sein, an Stelle der überfälligen Reparationszahlungen an Belgien, Sachwechsel des Reiches auszugeben, die erst nach achtzehn Monaten, also im Februar 1924, fällig werden, und wiederum von der Reichsbank eingelöst werden müssen, falls das Reich zu diesem Termin wiederum nicht zahlungsfähig sein sollte. Es liegen noch keine Nachrichten darüber vor, durch welche Gegenleistungen Reichsbankpräsident Hase die Unterstützung der Bank von England gewonnen hat. Vor einiger Zeit wurde darauf hingewiesen, daß wir in London aus früheren Gelegenheiten Goldreserven der Reichsbank besitzen. Diese dienen jedoch der Bank von England als Sicherheit für den an Belgien zu gewährenden Kredit. Hoffentlich sind sie nicht kurzfristig ausgeliefert worden, und dienen einfach als Zahlungsmittel.

Reichsbankpräsident Hase ist es ohne Zweifel gelungen, einen Erfolg zu erringen. Ohne jedoch die Bedeutung der französischen Komposition verkleinern zu wollen, muß darauf hingewiesen werden, daß sie uns keinerlei tatsächliche Erleichterungen zu bringen vermag, geschweige denn eine Lösung des alles beherrschenden Reparationsproblems, nur die momentane Reparationskrise ist gelöst. Es handelt sich eben nur um eine kurze Atempause, nach deren Ablauf der Druck der unentbehrlichen Schulden nicht nur unvermindert, sondern durch die gestundeten Zahlungen der nächsten Monate vermehrt, wieder eintritt und alles wirtschaftliche Leben von neuem erstickt muß, das sich vielleicht in dieser Zwischenzeit schlüpfen zu regen beginnt. Gelingt es also in den nächsten Monaten nicht, einmal die Forderungen der Gläubigerstaaten auf ein erträgliches Maß zurückzuführen und für die Reparationszahlungen endlich einen Weg zu finden, der die Produktionsmittel ungeschädigt läßt, um anderen oder Wirtschaft und Postle im Innern Deutschlands auf gesunde Füße zu stellen, so wäre alle Arbeit und alle Sorge der vergangenen Wochen, wäre auch die Mission Hases vergeblich gewesen.

Die Haltung der Regierung hat, das muß zugegeben werden, zu dem Gelingen der Mission Hase wesentlich beigetragen. Sie war zum ersten Male konsequent und fest, so fest, wie wir es nur einmal, in der Auslieferungsforderung, erlebt hatten. Demnach aber, so gut wie heute, blieb der Erfolg der Festigkeit nicht aus.

Berlin, 19. September. (Draht.) Die Blätter begrüßen den vom Reichsbankpräsidenten Hase in London erreichten Erfolg als eine wesentliche Entspannung unserer außenpolitischen Lage. Da zu wiederholten Malen betont

worden ist, daß die Reichsbank nicht gewillt sei, einen Teil ihres Goldbestandes an das Ausland zu verpfänden, so hält es der „Berl. Botenpost.“ für selbstverständlich, daß die Besprechungen in London unter dieser Voraussetzung geführt worden sind.

Die „Woll. Zig.“ schreibt, da nunmehr die Forderung der belgischen Unterhändler, von der deutschen Regierung Sachwechsel mit nicht längerer als sechsmonatlicher Laufzeit und mit der Unterschrift der Reichsbank zu erhalten, erfüllt ist, muß der Konflikt über die Garantiefrage als beendet und die von der Reparationskommission verlangte Einigung zwischen Deutschland und Belgien als erzielt angesehen werden.

Vor neuem Krieg?

Während sich Mustafa Kemal Pascha in unheimlichem Maße Schwelgen hüllt, und niemand heute zu sagen vermag, ob er das Wagnis unternimmt, der britischen Weltmacht mit den Waffen entgegenzutreten, herrscht in London unvorstellbare Aufregung. Der gewaltige Apparat diplomatischer Stimmungsmaße, über den England wie kein anderer Staat der Welt gebietet, ist in Bewegung gesetzt worden. Aus allen Erdenswinkeln, in denen die englische Junge erdte, kommen die bestellten Zustimmungserklärungen; überall wird gewaltig mit dem Säbel geräfelt; man hört, spricht und denkt nichts anderes als Krieg, Truppenverschiebungen, Flottenmanöver und dergleichen. Die französische Presse aber macht sich lustig, daß der Doppel des Westfriedens und der Abrüstung, Lloyd George, laut zu den Waffen ruft, während er den Franzosen die Beibehaltung ihres Heeres zum Vorwurf macht. Denn es handelt sich in der Tat keineswegs um einen Angriff auf England oder auf englisches Gebiet. Die Türken verlangen nur die Herausgabe ihres eigenen Grund und Bodens.

In einer halbamtlichen Reutererklärung läßt die britische Regierung keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit, nötigenfalls zu den Waffen zu greifen, um die englische Herrschaft an den Meerengen zu verteidigen, läßt aber den Weg zu Verhandlungen mit den Türken offen, wobei sogar die Rückgabe Konstantinopels als nicht unmöglich erklärt wird. Auf diesen Vorschlag hat Kemal Pascha nicht geantwortet; man hörte jedoch von einem regen Notenwechsel mit Moskau und mit dem in Berlin befindlichen Volkskommissar für Auswärtiges Tschitscherin. Kemal Pascha stellt sich ausdrücklich auf den Boden des Vertrauens zwischen Moskau und Angora vom 16. März 1921 und erklärt damit, daß er nur gemeinsam mit Moskau Orientverhandlungen mit den Entente-Mächten aufnehmen will. Dadurch ist eine wesentliche Erschwerung für eine friedliche Lösung des Orientproblems eingetreten. Die russische Regierung hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie die Festlegung Englands an den Meerengen und die damit im Zusammenhang stehende Kontrolle des Schwarzmeer-Handels auf die Dauer nicht dulden will. Aufstand verachtet auf den Besitz Konstantinopels und will die Türken in ihren Ansprüchen auf jeden Fall unterstützen. Man weiß, daß die Sowjetregierung vor einem Kriege nicht zurückbleibt, und versteht den Ernst der gegenwärtigen Lage. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß ein neuer europäischer Krieg entzündet wird.

Außer England hat keine europäische Großmacht Lust, sich in neue Abenteuer zu stürzen. Italien bleibt auf alle Fälle neutral, und von Frankreich hat es niemand anders erwartet. England aber hat nicht nur mit der roten Armee und den stolzen Truppen Kemal Paschas, sondern vor allem auch mit der Stimmung der Mohammedaner seiner Kolonien zu rechnen. Man darf sich also durch den Aufwand kriegerischer Stimmungsmaße nicht darüber täuschen, daß auch die Londoner Regierung nichts sehnlicher wünscht, als einen einigermassen ertragbaren Frieden mit den Türken.

Paris, 18. September. (Draht.) Die Abendblätter stellen mehr oder minder die Behauptung auf, daß die offizielle Reuter-Notiz über die Lage im Orient aus der unmittelbaren Umgebung Lloyd Georges stamme und veröffentlicht worden sei ohne vorherige Betragung des englischen Auswärtigen Amtes. Auch sei nicht, wie üblich, vorher die Wirkung festgestellt worden, die die Veröffentlichung auf die auswärtigen Regierungen haben werde. Im übrigen lehnt die Abendpresse die Note einstimmig ab.

London, 18. September. (Draht.) Die „Evening News“ berichten, daß eine Darlegung der französischen Regierung über die Haltung gegenüber der türkischen Krise nach London gelangt worden sei und dort heute nachmittag eintrafen werde. In dieser Darlegung beträffte Poincaré, daß Frankreich mit Großbritannien zusammen auf der Auf-

rechterhaltung der Neutralität der Meerengen bestehe. Es werde jedoch der kriegerische Ton der offiziellen, von der britischen Regierung veröffentlichten Erklärung darin gemildert.

Kemal verhandlungsbereit?

London, 19. September. (Draht.) Die britische Regierung soll ein Telegramm Mustafa Kemals erhalten haben, in dem er erklärt, er sehe England nicht als seinen Feind an und durchblicken läßt, daß er bereit sei, über den Frieden zu verhandeln.

London, 18. September. (Draht.) Einer Botschaft aus Konstantinopel zufolge, schreibt das dortige Blatt „Aktam“ in einem inspirierten Artikel, daß die Kemalisten für den Augenblick die neutrale Zone nicht verlassen würden. Die Alliierten müßten ihnen jedoch den Frieden geben, den sie forderten. Anderenfalls sei ein Krieg mit den Alliierten sicher.

Paris, 18. September. (Draht.) Nach einer Meldung des „Antranigean“ aus Smyrna warten dort noch 300 000 Menschen auf Abtransport.

Paris, 18. September. (Draht.) Nach einer Havas-Meldung aus Athen haben französische und italienische Schiffe gestern ungefähr 10 000 Flüchtlinge aus Kleinasien gelandet. Der armenische Bischof, dessen Ermordung durch die Kemalisten gemeldet worden war, ist unverletzt in Athen angekommen. Die griechische Regierung hat die Verärgerung der Truppen an der thyrasischen Grenze beklagt.

Siegesfestern in Indien.

London, 18. September. (Draht.) Reuter meldet aus Bombay, daß der Sieg der Kemalisten von den Mohammedanern Indiens festlich begangen würde. Die mohammedanischen Häuser waren reich besetzt. Proklamationen mit türkischen Fahnen zogen unter Hochrufen auf Kemal durch die Straßen. Die Moscheen sind mit Gläubigen angefüllt.

Wiederverheiratung des früheren Kaisers im November.

Berlin, 19. September. Der Generalbevollmächtigte des kaiserlichen Hofes, Wirklicher Geheimrat von Berg, gibt folgendes bekannt:

„Seine Majestät der Kaiser haben sich entschlossen, eine neue Ehe einzugehen, und werden voraussichtlich im November dieses Jahres die verwitwete Prinzessin Hermine von Sachsen-Carolath, geborene Prinzessin Keup ältere Gattin, als Gattin heimführen.“

Die Prinzessin Hermine, um die es sich handelt, ist die vierte Tochter des verstorbenen Fürsten Keup a. L. Geboren im Dezember 1887, heiratete sie später den Prinzen zu Schönau-Carolath, dem die Herrschaft Soobor in Schellen gehört. Der Prinz starb im Jahre 1920. Aus der Ehe entsprossen vier Kinder. Die Prinzessin selbst wird in allen Kreisen, die ihr nahestehen, als eine gute Gattin und Mutter geschätzt. Gegen ihre Persönlichkeit an sich kann also nicht das geringste vorgebracht werden. Die Kunde, daß der Kaiser anderthalb Jahre nach dem Tode der Kaiserin zum zweitenmale heiraten will, wird im deutschen Volke mit geteilten Gefühlen aufgenommen werden. Es ist das daraus erklärlich, daß sich gerade die verstorbene Kaiserin außerordentlicher Liebe und Verehrung erfreute, wozu die schlichte Ruhestätte im Park von Sanssouci zeugt, die auch jetzt noch täglich der Wallfahrtsort für Zahllose ist, die der Entschlafenen ihre stillen Andenken entgegenbringen.

Die „Leipz. Neue Post.“ sind in der Lage, zu den Motiven, die den Kaiser veranlassen, einen so bedeutsamen Schritt, der vielerlei Deutungen ausgelegt ist, noch folgendes zu sagen: Der Entschluß, die Prinzessin Keup zu heiraten und somit der Kaiserin eine Nachfolgerin zu geben, ist dem Kaiser aus mancherlei Erwägungen heraus nicht leicht geworden, und ihm sind Zweifel mannigfacher Natur und innere Kämpfe vorausgegangen. Vor allen Dingen hat sich der Kaiser, bevor er sich endgültig entschied, mit seiner Familie, besonders mit seinen Kindern, ins Einzelne gekehrt, und wie wir hören, ist auch seitens der Prinzen und Prinzessinnen die Einverständnisklärung durch den Mund des Kronprinzen gegeben worden. Es ist für die Kinder der Kaiserin nicht ganz leicht war, sich mit der Absicht des Kaisers abzufinden, ist menschlich erklärlich; es ist aber durchaus falsch, anzunehmen, als ob es zu irgendwelchen Konflikten zwischen dem Kaiser und seinen Kindern gekommen wäre. Es trifft nicht zu, wenn behauptet wird, daß von seinen gewissermaßen „älteren“ des Hohenzollernhauses emeralde Bräutlein laut geworden seien. Das ist nicht der Fall. Man hat sich nach ein-